

Rede

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands

Mündliche Ergänzungen zum Geschäftsbericht beim 21. Ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Es gilt das gesprochene Wort!



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Ende vergangenen Jahres titelten die Zeitungen „Nicht einmal das Mindeste zahlen“. Was war der Hintergrund? Eine Studie des DIW hatte zu Tage gebracht, was wir seit Einführung des Mindestlohns sagen: es wird getrixt, getäuscht, das Gesetz gebrochen. Kriminelle Arbeitgeber zahlen nicht einmal den Mindestlohn. 1,8 Millionen Beschäftigte, die darauf Anspruch haben – bekommen diesen nicht. Es trifft die Schwächsten am Arbeitsmarkt.

Das ist ein sozial- und gesellschaftspolitischer Skandal! Wieso schweigt der Rechtsstaat, wenn Recht gebrochen wird. Hier muss der Staat durchgreifen. Die Menschen verlieren das Vertrauen in unser Gemeinwesen, wenn sie sehen, dass der Staat nicht in der Lage ist, Gesetze durchzusetzen.

Wenn man diese Kriminalität ernsthaft bekämpfen will, dann muss man die Finanzkontrolle Schwarzarbeit auf 10.000 Stellen aufstocken – denn nur mit ausreichend Personal und vermehrten Kontrollen kann man kriminellen Arbeitgebern, die den Mindestlohn umgehen, das Handwerk legen. Der Mindestlohn darf nicht nur im Gesetz stehen sondern er muss vor allem auf den Kontoauszügen der Beschäftigten ankommen!

Kellner müssen ihr Trinkgeld abgeben, weil es mit dem Lohn verrechnet wird, Hotelreinigungskräfte werden nicht nach Stunden, sondern nach Zimmern bezahlt. Bauarbeiter, Schlachter, die von Subunternehmern obszön bezahlt werden, arbeiten bis zum Umfallen und kommen am Ende auf einen Nettolohn von unter 1000 Euro. Von Fahrradkurieren ganz zu schweigen. Ist das die schöne, neue Arbeitswelt? Das ist Deutschland im Jahre 2018. Die Politik muss hier jetzt dringend Abhilfe schaffen – Punkt aus!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nur mit starken Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, werden gute Löhne, Ausbildungsvergütungen und Arbeitsbedingungen erkämpft. Tarifpartnerschaft und starke Tarifverträge, die mehr regeln, als nur das unterste Entgelt, das sind unsere Werkzeuge. Arbeitnehmerrechte sind Menschenrechte. Gute Arbeit und guter Lohn ermöglicht Teilhabe. Zufriedenheit und Anerkennung entstehen nur, wenn arbeitende Menschen sich in einem gesicherten, tariflich geregelten Arbeitsverhältnis befinden. Dies verweigern aber immer mehr Arbeitgeber, weil sie darin einen Kostenvorteil sehen.

Wir sorgen dafür, diesen Dumpingwettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten zu beenden. Die Flucht aus dem Tarifvertrag muss den Arbeitgebern grundsätzlich erschwert werden. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen darf nicht durch das Vetorecht der Arbeitgeber behindert werden. Am besten hilft die Politik wenn sie öffentliche Aufträge nur noch an Tarifgebundene Unternehmen vergibt! Das hilft, die Tariffucht zu verhindern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir sind froh darüber, dass wir ein starkes Industrieland sind. Starke industrielle Kerne, ergänzt durch gute öffentliche, wie private Dienstleistungen und ein starkes Handwerk: das sind die Stützen unserer Volkswirtschaft, die Beschäftigten sind die Leistungsträger. Zu einem starken Industrieland gehört auch immer eine gesicherte Energieversorgung. Deshalb ist für uns als Gewerkschaften Energiepolitik auch immer Industriepolitik. Für uns gehört dies untrennbar zusammen. Die Energie- und die Verkehrswende sorgen für einen tiefgreifenden Wandel.



Wir als Gewerkschaften sind die Spezialisten für die Gestaltung des Strukturwandels – gemeinsam mit den Beschäftigten! Das haben wir oft genug bewiesen. Am 31. Dezember dieses Jahres schließen die letzten beiden Steinkohlezechen in Deutschland. Damit endet eine Ära. Die Industrialisierung und der Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg wären ohne den Steinkohlebergbau nicht möglich gewesen. Der Wohlstand, den wir heute haben, er ist auf Kohle gebaut. Dafür gilt es unseren Kumpels in den Revieren Respekt zu zollen.

Eine sichere Energieversorgung ist für unsere Industrie auch weiterhin dringend notwendig. Klar ist: der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen wird kommen, um die Klimaziele erreichen zu können. Nicht morgen, aber schrittweise in den nächsten Jahrzehnten. Damit dieser Weg gelingt, stehen für uns Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien, der Stromnetze und Speicher an erster Stelle. Nur mit Innovationen bleibt unsere Energieversorgung sicher und bezahlbar. Dafür schafft unsere Industrie die notwendigen Voraussetzungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir als Gewerkschaften setzen bei der Begrenzung des Klimawandels auf einen sozial gestalteten Strukturwandel – eine so genannte Just Transition. Strukturwandel wird nicht dadurch gestaltet, dass man in den Revieren Bagger der Beschäftigten besetzt. Nein, Strukturwandel gestaltet man mit der Einbindung von Gewerkschaften, Betriebsräten, den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Regionen. Am Ende muss ein Konsens stehen, den alle tragen. Wir sind bereit, in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ unsere Expertise einzubringen. Im Vordergrund müssen dabei tragbare Lösungen für die Beschäftigten, und für die Regionen stehen. Das zu überstürzen, und damit ein Ergebnis bis Ende 2018 zwingend erzielen zu wollen, ist der falsche Ansatz. Hier gilt Gründlichkeit vor Eile.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Digitalisierung treibt den Strukturwandel. Es gibt fast keinen Wirtschaftsbereich, der nicht digital wird. Für uns ist klar: die Digitalisierung ist kein Selbstzweck, mit dem man das Absenken von Arbeitsschutzstandards oder das Umgehen von Tarifverträgen begründen kann. Geschäftsmodelle etwa in der Plattformökonomie, die auf Sozialdumping basieren, sind nicht innovativ, sie sind mittelalterlich. Aus unserer Sicht ist die Digitalisierung vielmehr Mittel zu einem guten Zweck, zur Verbesserung von Produkten Dienstleistungen oder zur Entlastung von körperlich schwerer Arbeit. Die Digitalisierung kann ein Erfolg für alle werden, wenn die Menschen ihre Erfahrung in die Gestaltung einbringen können. Eine gelungene Digitalisierung geht nur mit starken Gewerkschaften, nicht ohne uns und schon gar nicht gegen uns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Land braucht Investitionen in die Zukunft. Die öffentliche Infrastruktur ist in einem bedauerlichen Zustand, viel zu lange fahren wir unser öffentliches Eigentum schon auf Verschleiß. Früher sangen wir: „Über sieben Brücken musst du gehen.“ Heute heißt es: „vor sieben Brücken musst du stehen“ – weil die Infrastruktur marode ist. Ein Exportland wie Deutschland braucht stabile Brücken, gute Straßen, ein gutes Schienennetz, funktionierende Kanäle und ein gut ausgebautes Breitbandnetz. Wir sind gespannt, wie die im Koalitionsvertrag gemachten Investitionszusagen umgesetzt werden sollen.



Die schwarze Null wurde zum Mantra erhoben - die Folgen sind unübersehbar. Wir haben vor dieser Entwicklung immer gewarnt. Wir brauchen keine Ritter der schwarzen Null! Wir wollen, dass in die Zukunft unseres Landes investiert wird. Dass die Investitionen 2022 nun sogar zurückgefahren werden sollen, ist der falsche Ansatz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

neben fehlenden Kitas und Schulen bröckelt in vielen bestehenden der Putz von den Decken, drohen die Fenster aus den Rahmen zu fallen, sind die Toiletten unbenutzbar. Wie soll man unter diesen Bedingungen gut und entspannt lernen. Kinder, die sich im Klassenraum sitzend den ganzen Tag damit beschäftigen, nicht auf die marode Toilette gehen zu müssen, haben keinen Kopf frei für Winkelfunktionen oder das Lesen von Goethe und Schiller. So verspielen die Gralshüter der schwarzen Null unsere Zukunft. Deshalb brauchen wir dringend Investitionen – in Gebäude und in Personal! Wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher, Pädagogen, Pfleger und Pflegerinnen genauso wie mehr Polizistinnen und Polizisten, um nur einige zu nennen. Der öffentliche Dienst muss für die Menschen wieder spürbar sein. Ansonsten wenden sie sich von unserem Gemeinwesen ab. Wir brauchen eine Rückkehr zu den „politisch Vergessenen“ in unserem Land, wie sie in einer Studie im Auftrag des Auswertigen Amtes genannt werden.

Dort, wo es keinen Briefkasten mehr gibt, keinen Arzt, keinen Einzelhändler, oder im Winter die Straße nicht mehr vom Schnee geräumt wird, dort besteht die Gefahr, dass die Menschen sich von unserer demokratischen Grundordnung abwenden. Das wollen wir als Gewerkschaften nicht. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land. Ein gutes Leben darf nicht von der Himmelsrichtung abhängen. Deshalb brauchen wir eine Strukturpolitik die für den Ausgleich sorgt. Es geht darum, dass der Staat für alle gleich erfahrbar bleibt. Wir wollen nicht, dass in strukturgeschwächten Regionen die einzige Anlaufstelle ein Wahlkreisbüro der AfD ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben zum Bundestagswahlkampf ein Steuerkonzept vorgelegt, das 95 Prozent der Steuerzahlenden entlasten würde. Spitzenverdiener, Superreiche und große Erbschaften würden hingegen belastet. Das nenne ich Steuergerechtigkeit! Aber hier konnte sich die Koalition nicht durchringen, unseren Vorschlägen auch nur ansatzweise zu folgen. Stattdessen will sie eine Entlastung beim Solidaritätszuschlag von 10 Mrd. zum Ende dieser Legislaturperiode. Wir, die Gewerkschaften, lehnen dies ab. Denn viele Arbeitnehmer zahlen keinen Soli. Die wegfallenden 10 Mrd. Euro fehlen uns dauerhaft für Investitionen. Das ist genau der falsche Weg!

Es ist doch obszön, wenn die Quandt-Erben, so wie es der Spiegel vom 22. März berichtet, zusammen 1,1 Mrd. Euro Dividende alleine von BMW auf ihre Konten überwiesen bekommen. Ich habe das einmal ausgerechnet. Stefan Quandt kommt dabei auf 1,7 Millionen Euro – am Tag und seine Schwester Susanne Klatten muss sich mit 1,38 Millionen Euro am Tag, an 365 Tage im Jahr begnügen. Hier ist Handlungsbedarf. Da reicht es nicht, dass sich die Koalition darauf verständigt hat, dass die pauschale Abgeltungssteuer fallen soll. Wichtig ist die Besteuerung der Gewinne internationaler Konzerne an dem Ort, wo diese entstehen. Amazon, und wie sie alle heißen, nutzen unsere Infrastruktur, dann müssen sie auch zu deren Finanzierung herangezogen werden. Eine Bezahlung der Beschäftigten nach dem richtigen Tarif inklusive. Steueroasen in Europa gilt es schnellstens zu schließen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschaften fordern seit langem den sozialen Wohnungsbau deutlich zu stärken. Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass sich hier eine Katastrophe anbahnt. Jetzt ist sie da! Wenn Haushalte bis zu fünfzig Prozent ihres Haushaltseinkommens für das Wohnen aufbringen müssen, dann stimmt etwas nicht in unserem Land. Arbeitnehmer müssen da wohnen können, wo sie arbeiten. Wir brauchen eine massive Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Die Länder müssen da endlich ihrer Verantwortung gerecht werden. Wir haben doch nicht für Arbeitszeitverkürzung gekämpft, damit unsere Kolleginnen und Kollegen die Zeit im Stau verbringen müssen, weil sie sich eine Wohnung in der Stadt nicht mehr leisten können! Deshalb: jetzt muss gebaut werden. Wohnraum ist ein knappes Gut. Wir dürfen es am Ende nicht dazu kommen lassen, dass Verteilungskämpfe geführt und womöglich Zugewanderte für die Misere verantwortlich gemacht werden.

Noch eins. Dass wir unsere Interessen durchsetzen können und erfolgreich sind, zeigt die Auseinandersetzung um die Einführung der Dienstleistungskarte. Wir haben gemeinsam verhindert, dass die EU-Kommission das Herkunftslandprinzip durch die Hintertür wieder einführt. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf die Zusammenarbeit in den nächsten vier Jahren mit euch.

Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Glück auf!